

# Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

## Extremistischer Mönch zu sechs Jahren Haft verurteilt

Ein extremistischer Mönch wurde am 8. August von einem sri-lankischen Gericht zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Der Mönch Galagoda Aththe Gnanasara, Gründer der nationalistischen Organisation buddhistischer Mönche in Sri Lanka (*Bodu Bala Sena*, BBS) wurde beschuldigt, zu Gewalt gegen Muslime aufgerufen zu haben. Seit 2014 wird ihm vorgeworfen, antimuslimische Gewalt durch Hassreden zu provozieren und den Koran zu verleumden. Bereits im Juni wurde Gnanasara zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, da er sich bei einer Gerichtsanhörung der Beleidigung und Bedrohung schuldig gemacht hatte. Während der Anhörung, in der es um das Verschwinden des Journalisten Prageeth Eknaligoda aus dem Jahr 2010 ging, der auf Anweisung der Regierung vom Militär verschleppt worden sein soll, verteidigte er das Vorgehen des Militärs. Zudem beleidigte und bedrohte er die Frau des entführten Journalisten. „Der Verurteilte hat die Straftat vorsätzlich begangen, um die Justiz zu unterminieren“, sagte der Präsident des Berufungsgerichts, Preethi Padman Surasena. Der Mönch wurde in allen Anklagepunkten für schuldig befunden und wegen Missachtung des Gerichts verurteilt.

## Reaktionen auf geplante Vollstreckung der Todesstrafe

Die Ankündigung, die bei einer öffentlichen Veranstaltung in Kandy gemacht wurde, hat zu unterschiedlichen Reaktionen auf nationaler und internationaler Ebene geführt. Finanzminister Mangala Samaraweera äußerte sich gegen die Wiederaufnahme von Hinrichtungen. Er teilte Journalisten am 14. Juli in Colombo mit, dass statt Todesstrafe eher Änderungen im Strafvollzugssystem nötig seien. Der Minister betonte außerdem die Notwendigkeit, vermehrt gegen diejenigen vorzugehen, die für die Drogenkartelle im Land verantwortlich sind. „Diejenigen, die im Gefängnis sind, sind nicht die Anführer, sondern nur kleine Händler und Wiederverkäufer.“ Auch die Menschenrechtskommission von Sri Lanka (*Human Rights Commission of Sri Lanka*, HRCSL) reagierte auf das Vorhaben. Sie bat Präsident Sirisena schriftlich darum, die Entscheidung zur Vollstreckung der Todesstrafe gegen Drogenhändler aufzuheben und einen wirk-

samen und langfristigen politischen Rahmen für die Bekämpfung schwerer Straftaten, einschließlich des Drogenhandels zu schaffen. Die Regierung zeigte sich unbeeindruckt und teilte mit, dass sie mit den Plänen zur Umsetzung der Todesstrafe fortfahren will.

## Mögliche Wiederaufnahme von Hinrichtungen

Nach über 40 Jahren teilte die sri-lankische Regierung Mitte Juli mit, Todesurteile in Sri Lanka wieder vollstrecken zu wollen. Präsident Maithripala Sirisena ist demnach bereit, die Hinrichtungsbefehle von Wiederholungstätern zu unterschreiben. Er sei dazu bereit, diese Entscheidung im Interesse künftiger Generationen im Land zu treffen, obwohl ihm ein Konflikt mit buddhistischen Glaubenssätzen und der Vollstreckung der Todesstrafe droht. Die Anwendung richtet sich insbesondere gegen Straftäter, die im Gefängnis mit Drogen handeln. Die Todesstrafe war zuletzt im Jahr 1976 in Sri Lanka vollstreckt worden, wird aber gegenwärtig weiterhin für Mord, Vergewaltigung und Drogendelikte verhängt. Zurzeit sitzen 743 zum Tode Verurteilte in Sri Lankas Gefängnissen. 19 Insassen sollen in der nächsten Zeit hingerichtet werden.

## Mehr als 100 Skelette in Massengrab gefunden

Ende August wurden in der Stadt Mannar, im Norden Sri Lankas, über 100 Skelette in einem Massengrab entdeckt. Dort waren während des 26-jährigen Bürgerkriegs tamilische Aufständische und das Militär aufeinandergeprallt. „Wir haben 114 Menschen gefunden, und 96 einzelne Skelette sind bereits aus dem Graben geborgen“, sagt Raj Somadeva, ein Archäologe, der auf der Baustelle arbeitet. Ungefähr die Hälfte des Massengrabs müsse noch ausgehoben werden. Zwölf Skelette wurden als Kinder identifiziert, sagte Somadeva. Das Team fand auch Keramik, Porzellan und Metallgegenstände, die Schmuck sein könnten. Die in etwa drei Meter unter der Erde entdeckten Überreste werden nun einer forensischen Analyse unterzogen, um festzustellen, wie viele Menschen beerdigt wurden und wann sie starben. Ein Gericht ordnete die Ausgrabung bereits im Mai an, nachdem Arbeiter beim Bau von Fundamenten auf Knochen gestoßen waren. Die Bergung der Leichen wird sowohl von der Regierung, als auch vom *Office of Missing Persons* (OMP) finanziert, einer im Jahr 2016 gegründeten Behörde, die

durch den Bürgerkrieg vermisste Personen ausfindig machen soll. Menschenrechtsgruppen haben spekuliert, dass es in Sri Lanka noch Dutzende von Massengräbern geben könnte.

### 34.000 Denguefieber-Opfer

Die Anzahl an gemeldeten Denguefiebererkrankungen ist in diesem Jahr bereits auf 34.000 Fälle gestiegen. Die Behörde für Epidemienbekämpfung teilte am 13. August mit, dass besonders die Hauptstadt Colombo von vielen Denguefieberfällen betroffen sei. Sie rief die Bevölkerung dazu auf, sich sofort in medizinische Behandlung zu begeben, falls grippeähnliche Symptome, wie hohes Fieber, Erbrechen und starke Schmerzen, festgestellt werden. Im vergangenen Jahr infizierten sich insgesamt 136.000 Menschen mit der von tagaktiven Stechmücken übertragenen Virusinfektion. 300 Menschen starben.

### Zwischenbericht des Office of Missing Persons

Sri Lankas Behörde für vermisste Personen (*Office of Missing Persons*, OMP) erinnerte am 30. August mit einem Zwischenbericht an den Internationalen Tag der Verschwundenen (*International Day of the Victims of Enforced Disappearances*). Das OMP wollte mit dem Zwischenbericht der Regierung Empfehlungen für vorläufige Maßnahmen zur Sicherung von Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung vorlegen. Der Vorsitzende des OMP händigte den Bericht am 5. September im Parlament Präsident Maithripala Sirisena sowie Ministerpräsident Ranil Wickremesinghe aus. Das OMP hat nach der Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder durch Präsident Maithripala Sirisena am 28. Februar 2018 offiziell seine Tätigkeit aufgenommen.

### Umstrittene Äußerung zur Neubelebung der LTTE

Am 2. Juli geriet das sri-lankische Parlament in Aufruhr, als sich die tamilische Staatsministerin Vijayakala Maheswaran, Ministerin der regierenden *United National Party* (UNP), während einer Rede in Jaffna für eine Wiederbelebung der *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) aussprach. Die tamilische Staatsministerin für Kinderangelegenheiten teilte mit, dass sich die Bevölkerung in der nördlichen Provinz Sri Lankas aufgrund der sich verschlechternden Rechts- und Ordnungslage, in Verbindung mit steigender Kriminalität, die Wiederbelebung und Rückkehr der LTTE wünschelte. „Lasst uns daran zurückdenken, wie wir vor dem

18. Mai 2009 [Ende des Bürgerkrieges; Anmerkung der Redaktion] gelebt haben. Unter den gegenwärtigen Bedingungen – wenn wir frei leben, uns frei bewegen wollen, und wollen, dass unsere Kinder sicher zur Schule gehen und zurückkommen – ist es unsere wichtigste Aufgabe, die LTTE zurückzubringen“, wie Maheswaran vom *Daily Mirror* zitiert wurde. Nach heftiger Kritik, trat Maheswaran zwei Tage später von ihrem Ministerposten zurück. Ihre Äußerungen wurden an die Generalstaatsanwaltschaft weitergeleitet, um zu prüfen, ob sie gegen die Verfassung verstoßen habe, indem sie öffentlich die separatistische Sache der LTTE propagiert habe. Anfang September riet der Generalstaatsanwalt dem Generalinspekteur der Polizei (*Inspector General of Police*, IGP), gegen Maheswaran rechtlich vorzugehen.

### Ölleck in Pipeline

Die sri-lankische Regierung entsandte am 10. September etwa 300 Mitarbeiter der Küstenwache und der Marine zu einem Küstenabschnitt, in der Nähe der Hauptstadt Colombo, um ihn von einem Ölteppich zu reinigen. Das Öl trat drei Tage zuvor aus einer Pipeline aus, die Öl von Tankern zu einem Lager auf dem Land transportiert, wie Saumya Ekanayake, ein Sprecher der Marine, der Presse mitteilte. Etwa 25 Tonnen Öl seien durch das Leck ausgetreten. Das Leck sei mittlerweile geschlossen und die Reinigungsarbeiten kurz vor ihrem Abschluss, so Ekanayake. Ein ähnliches Ölleck trat 2015 in einer Pipeline im selben Gebiet auf.

### Gericht befiehlt Festnahme von Militäroffizier

Am 29. August ordnete ein Gericht die Verhaftung des höchsten sri-lankischen Militäroffiziers an, aufgrund des Tatverdachts der Entführung und Ermordung von elf Menschen während des Bürgerkrieges. Der Richter am Obersten Gerichtshof von Colombo, Lanka Jayaratne, wies die Polizei an, Admiral Ravindra Wijegunaratne, den Chef des Verteidigungsstabs, zu verhaften. Ihm wird vorgeworfen, den Hauptverdächtigen der Tat, Chandana Prasad Hettiarachchi, bei seiner Flucht unterstützt zu haben. Hettiarachchi, ein Nachrichtenoftizier der Marine, wird beschuldigt, in den letzten Kriegsmonaten zwischen 2008 und 2009 eine Todeschwadron angeführt und elf junge Männer entführt zu haben. Es wird angenommen, dass sie ermordet wurden, während sie von der Marine illegal festgehalten wurden. Ihre Körper wurden nie gefunden. Hettiarachchi wurde Anfang des Monats in Colombo nach einer monatelangen Fahndung festgenommen. Indes wird vermutet, dass Wijegunaratne Sri Lanka verlassen hat.